

Aufwärts

Bezugspreis:

Ercheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Vorhause bestellbar. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 185.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 11. August 1931.

13. Jahrgang.

Nach dem Törichtem, o Sterbliche, trachtet ihr mühevoll,
Und die unendliche Gier bringet euch Haber und Krieg.
Was die Natur zu besitzen begehrt, ist enge begrenzt,
Aber der törichte Sinn strebt ins Unendliche hin.

Athenaios.

Zwischenbilanz des Schund- und Schmutz-Kampfes.

Von Emil Gemeinder, Mitglied der Prüfstelle München für Schund- und Schmutzschriften.

Der Kampf zur Bewahrung der Jugend vor den Gefahren einer unterwertigen Literatur ist an sich erheblich älter, als man in der breiten Öffentlichkeit im allgemeinen annimmt. Er wurde besonders von der Zentralpolizeistelle Berlin aus in wohlorganisierter Weise gegen die Darstellungen pornographischer Inhalte in Wort und Bild geführt, wozu eine Reihe von Paragraphen des Strafgesetzbuches die nötige Grundlage boten. Aber auch in der Gewerbeordnung sind Vorkehrungen getroffen worden, die hauptsächlich die Verbreitung und den Vertrieb solcher Schriften erschweren.

Jedoch sind diese Maßnahmen ihrem Wesen nach und entsprechend dem Wandel in den sittlichen Anschauungen mehr und mehr nur noch geeignet, eine verhältnismäßig geringe Art von minderwertiger Schrift- oder Bildware zu erfassen, während der Großteil der raffinierten abgefaßten — und damit um so gefährlicheren — Schundware unbeanstandet bleiben mußte.

Als nun kurz nach dem Kriege die Ueberslutung mit zweifelhafter und absolut schlechter „Literatur“ laminenartig anschwellte, bildete sich bald eine Abwehrfront sich verantwortlich fühlender Erzieher und sonstiger Jugendfreunde, nicht zuletzt unter Anteilnahme und Beteiligung der bewußten Jugendkreise selber, die sich zunächst in Selbsthilfsaktionen der Jugendverbände auswirkte, dann aber bald den Eingriff der Öffentlichkeit und Maßnahmen der Staatsgewalt forderte. Ihr Ruf blieb nicht ungehört, und der Wunsch nach einer neuen gesetzlichen Möglichkeit zur Bekämpfung dieser ethischen und sittlichen Gefahr wurde vom politischen Tageskampf aufgenommen.

Das Ergebnis hieß: Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz. Den politischen Umständen entsprechend war es freilich nur das schwache Kind einer Parteikonstellations, bei der jeder dem anderen mißtraute und darum nur ein Kompromiß zu schaffen wagte, in dem alle Möglichkeiten zielbewusster Handhabung des neuen Gesetzes von vornherein weitgehend eingeschränkt wurden. Aus diesem Grunde fand das Gesetz auch viele Gegner, die an und für sich in der Bekämpfung der Einflüsse minderwertigen Schrifttums durchaus eine wichtige Aufgabe sahen. Und so blieb auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, und obwohl jedermann wußte, daß die gefährlichsten politischen Gistkühne vorher sorgfältig ausgezogen waren, eine erbitterte Bekämpfung des Schund- und Schmutzgesetzes nicht aus. Auch der Befürworter des Gesetzes darf heute zugeben, daß es diesem wachen Kampfe nicht zuletzt mit zu danken ist, wenn allmählich in der Praxis aus der Anwendung des Gesetzes doch ein einigermaßen brauchbares Instrument geworden ist.

Waren anfänglich die Entscheidungen der Prüfstellen und die grundsätzlichen Entscheidungen der Oberprüfstelle nicht leicht, so haben mit der Zeit doch die Maßstäbe der Prüfung und Stellungnahme eine erfreuliche Deutlichkeit in der Definierung dessen, was unter „Schund“ und „Schmutz“ zu verstehen ist, um damit auch in der Abfertigung der Grenzen in der Wirksamkeit des Gesetzes erlangt.

Nach dem Gesetz sind die Landesjugendämter der einzelnen Länder (und gegebenenfalls die Ministerien des Inneren direkt) die antragsberechtigten Stellen, auf deren Veranlassung die als gefährlich angesehenen Schriften und Bildwerke vor die Prüfkammern gebracht werden. Die Organe aber, die den Schund und Schmutz zu überwachen und zur Beantragung des Verbotes einzuschreiten haben, sind in der Praxis die Jugendämter der Städte und Provinzorte der Länder. Hier liegt die bisher unbefriedigendste Stelle des Gesetzes. Einmal, weil damit den an sich schon meist überlasteten Beamten der Jugendämter eine Aufgabe zugeschoben wird, für die sie nicht ohne weiteres durch ihre Berufsvorbildung geeignet sind. Andererseits aber auch deshalb, weil die Ueberwachung so auf eine meist willkürliche und zufällige Weise erfolgt, die durch das Material bedingt ist, das dem Beamten gerade in die Hände fällt oder ihm von interessier-

ter Seite aus übermittelt wird. So sind manche Grenzfälle vor die Prüfkammern gekommen, die zur Behandlung wirklich nicht geeignet waren, ganz abgesehen von jenen Fällen, in denen die Möglichkeit des Gesetzes, den offenen Handel damit zu unterbinden, deshalb kaum mehr praktisch wurde, weil nur noch letzte Reste von Auflagen existierten. Während auf der anderen Seite wirklich grober Schund und Schmutz lange Zeit unbehellig blieb und es teilweise noch heute ist.

Wenn gelegentlich in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben wird, das Gesetz habe keine nennenswerte Wirkung, so haben wir hier sicherlich den Hauptgrund dafür. Zum Teil aber mag auch die unsichliche Art der Bekämpfung durch Interessenten und Gegner des Gesetzes, die mittlerweile mächtige und kapitalkräftige Gegenorganisationen ins Leben gerufen haben, und denen hier und da auch namhafte Schriftsteller leider ihre Unterstützung leihen, mit dazu beitragen, daß dieser oder jener zuständige Beamte eines Landesjugendamtes sich davor scheut, aggressiver vorzugehen.

Mehr noch hemmt die rechte Auswirkung des Gesetzes die Tatsache, daß bei der Schaffung desselben eine Gefahr größer angesehen wurde, als sie sich durch die bisherige Praxis der Prüfkammern als berechtigt herausgestellt hat, nämlich die, daß das Gesetz die Druckfreiheit beeinträchtigen könnte, was das Gesetz besonders in den Augen der Schriftsteller, Dichter und Verleger verdächtig machte und ihm so jede Unterstützung von dieser Seite her nahm.

Es kann kein Zweifel sein, daß das Beiseitegehen dieser für die Gestaltung des deutschen Schrifttums in erster Linie verantwortlichen Kreise höchst bedauerlich ist, denn gerade ihnen muß in ihrem eigenen Interesse an einer Reinerhaltung des Schrifttums gelegen sein. Hier lägen Aufgaben von wesentlicher Bedeutung für eine Deutsche Akademie vor, die sicher auch von einem Großteil des Volkes verstanden würden und diese Institution dem Volksempfinden näher brächten. Wenn wir die kurze Geschichte der bisherigen Akademie betrachten, wird man leider feststellen müssen, daß die Hoffnung auf eine derartige geschmacksbegründete Zensur ohne Verbote sich nicht zu erfüllen scheint, obwohl nur auf solche Weise eine Einrichtung wie das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz entbehrlich werden und der Kampf gegen das Minderwertige auf positiver Art zu führen sein würde, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Verfallener Friede — Dawesvertrag Youngplan — Was nun?

In einem illustrierten französischen Witzblatt las ich vor einigen Jahren folgendes: Die Deutschen haben ein Verfahren entdeckt, das Gold auf künstliche Weise herzustellen. Nun rollen Tausende von Eisenbahnzügen heran und schütten ihren Inhalt in die Schatzkammern der französischen Bank, bis die 132 Milliarden Mark Gold bezahlt sind. Da ergreift Frankreich ein Entsetzen, wie den Zauberehring in Goethes Ballade. Es bittet und beschwört Deutschland, doch von seinen unsinnigen Zahlungen abzulassen, weil es sonst in der entsetzlichsten Teuerung ersticken muß. Allein, Deutschland bleibt unbewegt. Zug auf Zug rollt heran. Da bleibt Frankreich zuletzt nichts anderes übrig, als Deutschland den Krieg zu erklären, um es zur Einstellung der Zahlungen zu zwingen.

In diesen Ausführungen und Bildern lag mehr als Scherz. Freilich ist es uns nicht gelungen, Gold auf künstlichem Wege in dem Maße herzustellen, wie hier dargestellt wurde, aber das, was hier über das Gold gesagt ist, trifft heute für die Reparationsleistungen überhaupt zu. Die Reparationen sind m. E. praktisch erledigt, weil sie sich als das erwiesen haben, was sie sind, ein volkswirtschaftlicher Unsinn und ein politischer Witz. Silvio Gesell sagte schon 1919: „Hier hat sich der Kapitalismus einen Brocken vorgelegt, an dem er erwürgen wird.“ Deutschland hat es nur nicht verstanden, die günstige Lage auszunutzen, in die es durch die Reparationsverpflichtungen gestellt war. Wenn unsere Regierung die Vorschläge beachtet hätte, die ihr von Silvio Gesell gemacht worden sind, dann würden wir uns heute nicht mehr um die Reparationen zu kümmern haben. Erst die Sachverständigenkonferenz in Paris hat die Nichtigkeit der Gesellschen Vorschläge bestätigt, und heute tritt es auch offen sichtbar hervor. Die Sachverständigenkonferenz sagt, daß die Reparationen nur auszuführen sind, wenn unsere Vertragsgegner bereit sind, die Zahlungen in Waren anzunehmen. Zu dem Zwecke empfahl sie die Gründung von Kolonien, in die Deutschland seinen Wa-

renüberschuß zunächst leiten sollte. Das heißt mit anderen Worten: Deutschland ist imstande, zu erfüllen, wenn es soviel Waren mehr erzeugen kann, wie die Reparationen betragen. Das können wir, das kann unser Produktionsapparat spielend erfüllen. Wir brauchen nur einen Teil der Arbeitslosen wieder einzustellen, dann sind wir dazu imstande. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes brauche bei dieser Art der Bezahlung nur um ein Geringes niedriger zu sein als die der andern Völker. Aber man zwingt uns, den größten Teil in bar zu bezahlen, und darum wirken sie sich so katastrophal aus wie kurzfristige Kredite, die plötzlich gekündigt werden.

Die Reparationen sind aber auch dann nur zu erfüllen, wenn unsere Gegner imstande und gewillt sind, den Warenüberschuß, den wir erzeugen, bei sich aufzunehmen. Dazu können sie aber nicht bereit sein. Welcher Staatsmann wird bewußt etwas zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande tun wollen? Nichts anderes bedeuten aber die Reparationen in Waren. Das ist die nackte Tatsache der Reparationen, nämlich ein vollendeter Unsinn. Auf ein Jahr sind uns die Zahlungen gestundet. Glaubt jemand, daß wir nach Ablauf dieser Frist imstande sein werden, etwas Unmögliches zu vollbringen? Alle Sachverständigen wissen die Antwort, aber wie sollen sie es den Völkern sagen? Und vor allen Dingen, wodurch kann Frankreich der politische Einfluß bewahrt werden, den es durch den Versailler Vertrag erhalten hat? Das ist der Kern der Sache.

Wie war nun aber der Verlauf in den vergangenen Jahren? Frankreich verlangte ursprünglich 132 Milliarden Mark an Reparationen. Es gibt kaum den dritten Teil jener Summe an Gold auf der ganzen Welt. Jene phantastische Summe mußte, wenn sie schon bezahlt werden sollte, in Waren aufgebracht werden. Aber sehr bald begannen Frankreich und England über die unerträglichen Schädigungen, die ihre Volkswirtschaft durch die Reparationsleistungen erlitt, zu klagen. Sie waren gar nicht gewillt, noch mehr Leistungen entgegenzunehmen. So haben wir das seltsame Bild, daß unsere Gegner die Schuldsumme nicht hoch genug hinaufreiben konnten, aber die Bezahlungen in der allein möglichen Form der Warenlieferungen ablehnten, die uns die Möglichkeit einer Bezahlung gab. „Und doch fehlt Deutschland eins,“ so sagte man auf der anderen Seite, „das Kapital.“ Wirklich? Realkapital kann doch wohl nicht gemeint sein. Wieviel Häuser hat man denn abgebrochen und im Ausland wieder aufgebaut? Wo hat man Kohlenbergwerke über die Grenze verschleppt oder Erzlager verschoben? Welchem reichen Amerikaner ist es eingefallen, ein deutsches Rittergut mit über den Ozean zu nehmen? Kein Zweifel, das Volksvermögen ist, von dem Wert der abgetretenen Gebiete abgesehen, noch vorhanden. Was uns fehlt, ist Geld. Die Reichsbank hat aber fünf Milliarden Mark in den Verkehr gegeben. Wenn sie sich nicht der Wirtschaft entziehen würden, dann müßten Zahlungsmittel genug vorhanden sein. Heute wissen wir, daß es eine Möglichkeit gibt, das Geld aller Kapitaleigenschaften zu berauben und ihm reinen Warencharakter zu verleihen. Wenn die Umsetzung dieser theoretischen Erkenntnis in die Praxis erfolgen sollte, dann würde es dem Gelde nicht mehr möglich sein, sich seinem Beruf zu entziehen, der allein darin besteht, den Umlauf der Waren zu bewirken. Wie es uns undenkbar ist, daß es der Eisenbahn einfallen könnte, der Wirtschaft den Dienst zu verweigern, ebenso wenig dürfte dann das Geld sich von der Warenproduktion zurückziehen und dadurch Krisen und Arbeitslosigkeit erzeugen. Die Vertreter einer freien Wirtschaft wissen, wie schwer es sein wird, die Menschheit von den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Sie glauben aber bestimmt, daß auf dem Wege, den sie vorschlagen, nicht allein das geschehen wird, sondern auch die restlose Befreiung Deutschlands aus den internationalen Sklavenketten.

Der Versailler Vertrag ist der Schicksalsvertrag der Weltgeschichte. Er war 1918 ein notwendiges Zugeständnis an den in den Völkern des Krieges entzündeten Chauvinismus, den der Kapitalismus für seine Pläne gebraucht hat. Heute würde der Kapitalismus froh sein, wenn er ihn spurlos wieder verschwinden lassen könnte. Noch ist die Zeit nicht gekommen; aber die Geschichte geht ihren ewigen Gang. Der Versailler Vertrag wurde abgelöst durch das Dawesabkommen. Auch das mußte wieder verschwinden. Aus Liebe zu Deutschland ist es nicht geschehen. Heute stehen wir im Zeichen des Youngplans; aber die Unmöglichkeit dieses Plans wurde schon offenbar, als er noch kaum zu laufen begonnen hatte. Professor Cassel sagte, als der Versailler Vertrag abgeschlossen wurde: „Er ist der ungeheuerlichste Raubzug auf die Tassen eines ganzen werktätigen Volkes, der jemals in der

Beliebig vorgekommen ist.“ Er hat recht behalten. Der Vertrag hat uns tief in Schulden hineingeführt, ohne uns der politischen Befreiung bislang näher zu bringen. Aber er bedrückt nicht nur uns, sondern er wird auch den Siegerstaaten, England und Frankreich, ebenso untraglich.

B. R.

Die Entwicklung der weltlichen Schule.

Wenn man die Kräfte in Betracht zieht, die auf Seiten der Reformpädagogik, der politischen Parteien, Erziehungs- und Jugendbünden, endlich von den verschiedenen Freidenkerorganisationen, für weltliche Erziehung eingesetzt werden, so ist es demgegenüber auffällig, wie verhältnismäßig gering die erzielten Fortschritte sind. — So hat u. a. auf dem letzten Bundestage der freien Schulgesellschaften Schulrat Löwenstein, der Führer der „Sozialistischen Kinderfreunde“, der weltlichen Schule die bedeutungsvollsten Ziele gesteckt. Er nannte diese Schule die Schulungsstätte von Kämpfern des sozialistischen Aufbaues, die Arbeitsstätte kollektivistischen Lebenswollens.“ Bei dieser Gelegenheit sagte er: „Die weltliche Schule ist nicht nur Volksschule, sondern sie ist Grundlage für die Einheitschule als Forderung der Arbeiterschaft.“

Wie steht es solchen hochgesteckten Zielen gegenüber mit der rein zahlenmäßigen Entwicklung dieser neuen, auch heute noch ungeschulten „weltlichen“ Schule in den letzten Jahren? Es ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die sogenannte „Sammelschulen“ in Preußen zwar nicht insgesamt zurückgehen, aber auch nicht in dem Maße zunehmen, wie das der Fall sein müßte, wenn die Eltern diese Schulart wirklich wünschten. Seit dem Mai 1927 hat sich ihre Zahl nur wenig vermehrt, so daß jetzt unter den 33 474 preussischen Volksschulen sich etwa 280 Sammelschulen befinden. Selbst Groß-Berlin hat von seinen mehr als 600 Schulen nur 52 Sammelschulen, im Bezirk Breslau sind sie von 16 auf 21 gestiegen, im Bezirk Magdeburg bei über 1000 Volksschulen von 12 auf 14, im Bezirk Münster bei über 800 Volksschulen von 14 auf 22. Zurückgegangen sind sie im Bezirk Arnberg von 62 auf 56, in Düsseldorf von 77 auf 75.

Siedlung in Ostpreußen.

Vom Evangelischen Siedlungsdienst, Bielefeld, Altstädter Kirchplatz 2a, wird uns geschrieben:

„Der Siedlungsdienst beabsichtigt, Mitte September die letzte Besichtigungsreise von Siedlungen in Ostpreußen und der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen durchzuführen. Bewerber, die über mindestens 2500,— Mark als Anzahlungskapital in bar verfügen, können noch an dieser Reise teilnehmen. Meldung muß bis 1. September 1931 an die Geschäftsstelle in Bielefeld erfolgen, die die weiteren Bedingungen der Ansiedlung mitteilt. In Frage kommen in erster Linie aus den Ostprovinzen stammende Landwirte, die erst später in die industrielle Arbeit übergegangen sind, besonders auch vertriebene Ostmärker aus den abgetretenen Gebieten. Mit der Durchführung von Aufbausiedlungen, bei denen die Siedler beim Aufbau ihrer Gebäude mithelfen können und so einen Teil des Anzahlungskapitals sich ersparen können, kann infolge der Finanzkrise, die die Siedlungsgesellschaften am Ankauf geeigneter Güter gehindert hat, erst im Jahre 1932 gerechnet werden.“

Auch für Industriearbeiter, die aus der schlesischen Landwirtschaft stammen, bietet sich noch in diesem Jahre günstige Ansiedlungsmöglichkeit in Schlesien, wenn 3000 bis 4000,— Mark Barkapital vorhanden sind. Falls eine größere Anzahl von Meldungen für Schlesien bis zum 1. September eingeht, könnte auch nach dort noch eine gemeinsame Besichtigungsreise veranstaltet werden.“

Rudolf Schäfer und der 84. Psalm.

In die illustrierte Bibelausgabe der Stuttgarter Bibelgesellschaft ist aus dem sächsischen Neuen Testament neben anderen Zeichnungen auch eine zum 84. Psalm herübergenommen worden. Wir werden in eine Waldandachtsstätte versetzt, zu einer Mauerwand, welche den Hintergrund für einen gedeckten Altartisch abgibt. Auf der Nordseite deckt eine Riesentanne mit ihren Ästen und Reifern das schmale Dach, auf der Südseite ragt ein blühender Malvenbusch an der Wand empor, weiter nach Mittag sendet ein Laubbäumchen hübsches Laub in einen weiten Trop und dahinter rankt sich ein Weinstock am Dach empor.

In der Mitte des Altartisches steht ein schlichtes Holzkreuz aufgerichtet, an dem die Schwalbe ihr Nest gebaut hat und eben dabei ist, ihre Jungen zu füttern. Rechts und links von des Kreuzes Stamm zieren Blumensträuße den Altar, aus irdenen Vasen saugen die Stengel für die Tage ihrer Frische das Wasser. Sollte dieser lebendige, bunte Schmuck uns nicht eine Anregung sein, sowohl im Gotteshause wie auch im Wohnzimmer allezeit grüne Zweige und duftende Blumen zu pflegen und nicht nur im Sommer, wenn die Gärten in Ueberfülle der Kinder Floras prangen, sondern auch in den rauhen Jahreszeiten?

Ein Luther, der das Taufschönd (Gomprena) in seinem Kloster pflegte, und Paul Gerhardt, der bei dem Anblick der „viel weißen Lilien“ in seinem Propsteigarten zu seinem herzerquickenden Krippenlied angeregt wurde, darin es heißt:

„Nehmt weg das Stroh, nehmt weg das Heu,
Ich will mir Blumen holen,
Daß meines Heilands Lager sei
Auf Rosen und Violett,
Mit Tulpen, Nelken, Rosmarin
Aus frischen Gärten will ich ihn
Von oben her bestreuen“.

Blindenhilfe.

Das Gebrechen und die damit verbundene Notlage hilfsbedürftiger Personen, ist schon oft von gewissenlosen und nicht selten von geschäftstüchtigen Personen unter dem Deckmantel der Nächstenliebe im eigenen Interesse ausgenutzt worden. Durch die heutigen Verhältnisse werden die verschiedensten zweifelhaften Unternehmungen stark begünstigt und gefördert. Das Meer der Arbeitslosen wird angespannt und die breite Öffentlichkeit wird durch geschickte Aufmachungen und falsche Angaben, die nicht leicht nachzuprüfen sind, getäuscht und betrogen. Das Vorgehen gegen diese Schwindler ist leider sehr schwierig, da die gesetzlichen Maßnahmen nur in den wenigsten Fällen angewandt werden können. Einmal, weil der Geprüelte nicht hinterher als Zeuge auftreten will und zum anderen sind die Betroffenen durch ihre unglaubliche Leichtgläubigkeit selbst schuld daran.

Die Blindheit hat zu allen Zeiten und bei allen Völkern stets das meiste Mitleid erregt, und in richtiger Erkenntnis dieser Tatsache wird in erster Linie mit dem Wort „blind“ gearbeitet. So werden u. a. Brandmalereien verkauft und gekauft, obwohl jeder wissen sollte, daß solche Malereien von Blinden überhaupt nicht hergestellt werden können. Dann werden eingerahmte und aufgeklebte Zeitungsausschnitte, Autoplaketten und dergleichen durch die Post von Berlin, Chemnitz, Frankfurt am Main usw. aus versandt. Der Empfänger erblickt hierin eine Aufmerksamkeit und da die gleichzeitig mit übersandten Drucksachen den Anschein erwecken, daß es sich um ein gemeinnütziges, wohltätiges Unternehmen handelt, werden 2,— RM und mehr eingezahlt. Bei genauerer Prüfung kann aber leicht festgestellt werden, daß es sich hier um ein rein geschäftlich aufgelegenes Unternehmen handelt. Weit schlimmer noch ist das Treiben gewisser Generalvertreter, die ein Heer von Untervertretern mit Seife, Zahnpasta und dergleichen von Haus zu Haus schicken. Durch das Eintragen in Listen und durch Vorzeigen der Ausweise, die einen behördlichen Stempel tragen, wird dem flüchtigen Beobachter glaubhaft gemacht, daß es sich um ein Werk der Nächstenliebe handelt. In Wirklichkeit ist auf den Ausweisen nur das Handzeichen eines Blinden (Fotoblinder Teimes, Solingen), polizeilich beglaubigt. Auch bei dem Verkauf von Karten für Konzerte, worin blinde Künstler mitwirken, wird stets betont, daß es sich um eine Aktion zur Linderung der Notlage Blinden handelt. In Wirklichkeit erhalten die Verkäufer und Verkäuferinnen 40 bis 50 Prozent vom Erlös, ein weiterer Bruchteil fließt in die Taschen der Generalvertreter, so daß nach Abzug der Unkosten nicht mehr viel übrig bleibt, und einige Blinde, welche durch die Not getrieben, ihren Namen hierfür hergeben, erhalten nur ganz geringe Zuwendungen.

Die Zahl der Blinden in Westfalen beträgt allein 2300. Hiervon sind rund 400 Kinder. Des weiteren befinden sich rund 220 Blinde in Anstalten und Altersheimen. Rund 910 Blinde sind beruflich tätig. Leider sind sie aber in den wenigsten Fällen in der Lage ihren Unterhalt voll zu verdienen.

Der Westfälische Blindenverein e. V. zählt 31 Ortsgruppen mit insgesamt 1435 erwachsenen blinden Mitgliedern. Er führt die verschiedenen Fürsorgearbeiten für Blinde in Verbindung mit den beiden Provinzialblindenanstalten Paderborn und Soest, sowie mit dem Landesfürsorgeverband (Landeshauptmann), Münster und den Bezirksfürsorgeverbänden (örtliche Wohlfahrtsämter) durch. Seine Arbeiten werden durch das Treiben der unlauteren Elemente sehr erschwert, und er bittet alle, zum Wohle der Blinden dazu beizutragen, diese Unternehmungen unmöglich zu machen. Man überweise Geldspenden nur an die örtlichen Blindenvereine und kaufe Blindenarbeiten nur bei den bekannten Blindenverkäuferten.

mögen uns mahnen, daß wir in den Blumensternen Abbilder der Himmelssterne erblicken und daß sie uns Führer und Wegweiser zu dem Schöpfer aller Dinge werden.

Vor allem gilt es an den Schmuck des Altars und seiner Umgebung zu denken. Hierin kann die katholische Kirche uns Vorbilder geben. Vor 30 Jahren kam ich an einem Sonntagsabend durch Weinefelde. Da sah ich, wie viele Blumenstöcke aus den Nachbarhäusern in das Gotteshaus getragen wurden. Auf meine Frage nach dem Warum bekam ich die einfache Antwort: „Morgen ist Sonntag.“ Und kürzlich auf einer Wanderung durch katholische Dörfer an der Südgrenze Thüringens fand ich auf den Kirchhöfen Reihen von Kibeln mit immergrünen Büschen aufgestellt, die nur auf den Sonntag warteten, um dann den Altarraum in einen kleinen heiligen Hain zu verwandeln.

In der Gustav-Wernerstadt Reutlingen prangt in der katholischen St. Wolfgangskirche zur Rechten des Altars eine hohe, lebende Palme, auf der links das Gegenstück; aber da dies der Ralle zum Opfer fiel, so wurde sie durch eine künstliche ersetzt.

Dennoch sollte man es vermeiden, in dieser Weise die Kunst zu Hilfe zu nehmen. Welch schönes, ausdauerndes Laubwerk bietet uns der japanische Spindelbaum (Sourimus). Ist in Wintersonnen die Beschaffung von Blumen mit Schwierigkeiten verbunden, so gibt es doch Tannenreiser und Ephemerkranz, Tagesschwinge, Sinngrün und Strohblumen der verschiedensten Art. Nur dürfen sie nicht zu Staubfängern werden.

Es trifft sich gut, daß der Anfang des Kirchenjahres mit einem gewissen, wenn auch zunächst dem Auge verborgenen Aufleben in der Natur zusammenfällt. Während scheinbar der Garten unter der weißen Schneehülle schläft und in der Tat die kahlen Zweige uns die Vergänglichkeit des irdischen Wesens künden, regen sich doch in den Wurzeln und im Stamme neue Lebenskräfte, und so manche Frühblüher können wir mit Rechtigkeit schon

und Verkaufsstellen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäfts- und Auskunftsstelle des Westfälischen Blindenvereins e. V., Zentrale aller westfälischen Blinden, Dortmund, Kreuzstraße 4, Ruf: 21478. Interessenten können die regelmäßig erscheinende Vereinszeitung „Nachrichten“ kostenlos beziehen.

Endstadium des Kampfes zwischen Glauben und Wissen.

Der Materialismus an der Wurzel getroffen.

Unter dem Titel „Wandlungen und Fortschritte in Wissenschaft und Weltanschauung“ ist zum 70. Geburtstag von Prof. Dennert eine gehaltvolle Festschrift erschienen (Adolf Klein-Verlag, Leipzig S. 3), in der ein Kreis führender Naturwissenschaftler, Philosophen und Theologen (Driesch, Leppig, Dyroff, Bonn, Sesse, Berlin, Reinhold Seeberg-Berlin, Schaefer-Breslau u. a.) das Wort ergreift. Besonders beachtlich scheinen uns die Ausführungen, die der gegenwärtige Leiter des Replerbundes Prof. Dr. Bavinck über „Die neue Wendung im Streit um Glauben und Wissenschaft“ macht. Wir entnehmen der Schizze, die einen Kernpunkt der geistigen Gegenwart berührt, den hier folgenden Abschnitt.

Der schwere Streit zwischen Glauben und Wissen, der fast 300 Jahre lang die besten Kräfte der europäischen Kulturmenschen in seinen Bannkreis gezogen hat, scheint heute endlich in ein neues, entscheidendes Endstadium getreten zu sein.

Der ganze Streit ist ja entstanden aus dem Durchdringen des mechanistischen Weltbildes der klassischen Epoche der Physik zur Zeit Keplers, Galileis und Newtons. So fern diese drei Großen einer mechanistisch-materialistisch-atheistischen Weltanschauung standen, der tatsächliche Erfolg ihrer neuen unwägbaren Entdeckungen ist zunächst der gewesen, daß die europäischen Völker — und zwar diesmal eben die ganzen Völker, nicht wie vor dem nur einzelne erleuchtete Geister — sich an den Gedanken einer strengen Naturgesetzlichkeit gewöhnten, die — bei oberflächlicher Betrachtung — den Glauben an einen Gott, an eine selbständige seelische Wirklichkeit und an die Freiheit menschlichen Willens und Handelns anzuschließen schien. Am stärksten wird das Problem empfunden, als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in dem Werke Darwins der Mechanismus auch die Biologie zu erfassen scheint. Die damals entstandenen Gegensätze sind auch heute noch keineswegs ganz ausgeräumt.

In dieser Situation, die bis vor ein paar Jahren im wesentlichen unverändert die gleiche blieb, wirkt nun wie eine große befreiende Tat die Ueberwindung jenes heute so genannten klassischen Mechanismus in der Physik selbst von der dieser Mechanismus doch ausgegangen ist. Das Jahr 1927 bezeichnet den Wendepunkt. Stellen wir fest, daß, um mit einem der bedeutendsten lebenden Physiker zu reden, dem englischen Astrophysiker Jeans zu reden, „Der Strom des Wissens uns heute zur Erkenntnis einer nicht mechanischen Wirklichkeit geführt hat. Das Weltall fängt an, mehr einem großen Gedanken als einer großen Maschine zu gleichen. Der Geist erscheint uns nicht mehr als ein zufälliger Eindringling in das Reich der Materie. Wir fangen an zu ahnen, daß wir ihn eher als Schöpfer und Beherrscher des Reiches der Materie begreifen dürfen — freilich nicht unsern eigenen Geist, sondern den Geist, in welchem die Atome, aus denen unser eigener Geist erwuchs, als Gedanken existieren.“ Und wenn wir dann auch zugleich feststellen, daß dies im großen und ganzen die Meinung der weitaus überwiegenden Zahl aller lebenden großen Physiker (Planck, Eddington, Bohr u. a. m.) wiedergeben dürfte, so dürfen wir mit Recht sagen: Der Materialismus ist hier tatsächlich an seiner

im Dezember zur Entfaltung ihrer Blüten bringen. Willig lassen sich die ausländische Forsythia und die deutsche Kornelkirsche (Cornus mas.) dazu anregen.

Zu Weihnachten blühen unter Schnee und Eis die Christrosen. Bald werden auch Zwiebelgewächse wie Hyazinthe, Tulpe, Narzisse, Krokus und Scilla im Keller soweit vorgetrieben sein, daß sie an manchem Wintertag eine Zierde des Altars bilden. Je nach der Härte des Winters setzen Seidelbast und gelber Jasmin im März früher oder später mit der Entfaltung ihres Blumenschmuckes ein. Raum ist der Schnee zusammengeklumpt, so lugen aus dem Rasen des Baumgartens die Schneeglöckchen. Von Woche zu Woche wächst die Zahl der Blumen in Wald und Garten. Bald ist die Fülle derselben unübersehbar. Es kann hier nicht der Ort sein, sie alle einzeln aufzuzählen. Vergessen wir nur nicht die „Prieesterinnen des Gartens“ die weißen Lilien, die blauen Glockenblumen, die ginnoberröte brennende Nelke, den dunkelblauen Eisenhut und die goldgefranzten Sonnenrosen, Lersteeegens Lieblingsblumen. Im Herbst herrschen Astern, Dahlien (Georginen) und die aus Japan stammenden Chrysanthemen, deren Namen der Amerikaner zu Num verstümmelt hat. Als eine der schönsten Stauden, welche die Rosenzeit einleitet, sei nur die weißgefüllte, leuchtende Nachtsviole hervorgehoben. Sie ist leider in Vergessenheit geraten.

Als Gesäß für den Altarblumenschmuck verwende man Stein oder Metall, nie Glas. Mit gutem Bedacht hat der Maler uns Tonkrüge vorgeführt, die bezeichnenderweise nach der Formung des Randes Kransen genannt wurden. Als wirkliche „Manschette“ verwende man duftende Zweige des Hopf, der Eberaute und Blätter der Traubenminze (Tanacetum balsamita). Diese beiden Kräuter gehören zu den altmodisch gewordenen Gewächsen. Wer sie aber einmal wieder kennen gelernt hat, wird sie wieder im Garten noch auf dem Tisch missen wollen.

G. Meister in Gbeleben.

Wurzel g
großem Ge
Argumentat
entzogen, u
als ob die
rung der Ve
(Chemie) sei
zurückgeblie

Die vor
für die Au
entspricht e
Der Volkse
wären etw
wesen.

Die the
wahl vom
scheidenes
Beteiligung
Ja-Stimme
Stimmkreis
bewegen.
feinem ein
gebnis erre
23 Stimmt
der Stimmt
start bleibt
wahlergeb
len zurück:
mehr als e
749 032, in
besonders
weit mehr
531 055 geg
gegen 557 0
445 340 sin
über den St
der Volkse
schon bei d
aus einzeln
famen und
tel der Sti
sen. Die e
gan der d
ten aber n
Durchschnitt
Stimmere
ungültige u
zu verglich
Prozent, in

Muff
Auf Einlad
Hienlich

Im Be
ler Dr. Br
solmi zu e
italienische
Worten des
Juchs wird

Die de
Fortsetzung
bis beim J
Nach dieser
dauerte, un
bert und O
meinsam de

„Wäl
Brüning
hat ein m
schen Sta
Gei und
Dieser Ge
freundliche
Im Laufe
Lage eine
Notwendig
Zusammen
der gegen
hat gleich
es notwen
rüttelungs
teresse der
schen Wie

Nach d
Muffolini
übergab ihr
„Es hat
verfönlche
Brüning ur
und es hat
herzlichen
ben. festst
männer vor
Tatkräft die
ihrem Volk
Zukunft wi
Ich wünsch
schen Na
kommen a
und auf

Alle B
ten durchge
wie diese.

teilt die Ge-
hen Blinden,
Blinden, Tort-
enten können
„Nachrichten“

pfes
Bissen.
etroffen.

fortschritte in
n 70. Geburts-
festchrift er-
3), in der ein
ilosophen und
Sesse-Berlin,
u u. a.) das
n uns die Aus-
e Replerbundes
ung im Streit
Wir entnehmen
eistigen Gegen-
schnitt.

d Wissen, der
europäischen
en hat, scheint
nd stadium

dem Durch-
er klassischen
is und Nemo-
mechanisch-
standen, der
n Entdeckun-
ischen Völker
ner, nicht wie
ch an den Ge-
ichkeit ge-
tung — den
e feelfiche
hen Wollens
im stärksten
itte des vori-
der Mecha-
scheint. Die
heute noch

r Jahren im
wirkt nun
eberwindung
Mechanismus
Mechanismus
zeichnet den
h. um mit
zu reden,
reden, „der
intris einer
hat. Das
e großen
schine zu
mehr als ein
aterie. Wir
Schöpfer und
dürfen —
den Geist, in
er Geist er-
n wir dann
und ganzen
aller leben-
r u. a. m.)
sagen: Der
an seiner

ngen. Willig
die deutsche
nd Eis die
wächte wie
a im Keller
n Wintertag
e Härte des
n im März
e Blumen-
engeheimol-
die Schne-
e Zahl der
le derselben
ein, sie alle
die, Priester-
die blauen
Diebe, den
en Sonnen-
st herrschen
Japan stam-
Amerikaner
nisten Stau-
die weiß-
hoben. Sie

wende man
acht hat der
nenberweise
unt wurden.
n dustende
der Frauen-
Kräuter ge-
en. Wer sie
d sie weder
Ebeleben.

Wurzel getroffen. Seinen mit mehr oder minder
großem Geschick auch heute noch vielfach wiederholten
Argumentationen ist heute der Boden unter den Füßen
entzogen, und wenn gewisse Biologen noch heute so tun,
als ob die einzige Aufgabe der Biologie die Zurückfüh-
rung der Lebensvorgänge auf Mechanik (d. h. Physik und
Chemie) sei, so sind sie eben einfach hinter ihrer Zeit
zurückgeblieben. . . .

Vollentscheid gescheitert.

Es fehlen 3,4 Millionen Stimmen.

Berlin, 10. August.

Die vorläufige amtliche Zählung hat 9 793 328 Stimmen
für die Auflösung des Preussischen Landtages ergeben; das
entspricht etwa 37 v. H. der Zahl der Stimmberechtigten.
Der Vollentscheid ist damit gescheitert; zu seinem Gelingen
wären etwa 13,2 Millionen Ja-Stimmen erforderlich ge-
wesen.

Die theoretisch errechnete Zahl der bei der Reichstags-
wahl vom September hinter den Parteien des Vollent-
scheid stehenden Anhänger hätte bei einer unveränderten
Beteiligung dieser Wähler ein Ergebnis von 47,7 Prozent
Ja-Stimmen gebracht. Dabei waren in 10 von den 23
Stimmkreisen Mehrheiten der Vollentscheidsparteien, die
sich zwischen 50,2 und 64 Prozent der Stimmberechtigten
bewegen. Das vorliegende Ergebnis zeigt, daß diesmal in
keinem einzigen Kreise dieses theoretische Abstimmungser-
gebnis erreicht worden ist und auch nur in zwei von den
23 Stimmkreisen, Pommern und Mecklenburg, die Mehrheit
der Stimmberechtigten eine Ja-Stimme abgab. Besonders
stark bleibt das Ergebnis hinter den nach den Reichstags-
wahlergebnissen erreichten nach den westlichen Stimmkrei-
sen zurück: In Westfalen-Nord 400 773 gegen 606 626 um
mehr als ein Drittel, in Westfalen-Süd mit 551 217 gegen
749 032, in Hessen-Na. mit 554 557 gegen 764 376 und
besonders in Köln-Nachen mit 245 442 gegen 541 293 um
weit mehr als die Hälfte. Auch in Düsseldorf-Ost mit
581 055 gegen 803 771 und in Düsseldorf-West mit 401 847
gegen 557 059, ferner in Südhannover mit 346 178 gegen
445 340 sind außerordentlich starke Abweichungen gegen-
über den Stimmzahlen der Reichstagswahl zu Ungunsten
der Vollentscheidspartei zu verzeichnen. Das zeigt sich
schon bei den ersten einlaufenden Ergebnissen, die außer
aus einzelnen Großstädten vorwiegend aus dem Westen
kamen und bei den ersten Zählungen nur ein knappes Drit-
tel der Stimmberechtigten für den Vollentscheid aufwie-
sen. Die erwartete Verschiebung des Resultates bei Ein-
gang der östlichen Stimmkreisergebnisse ist zwar eingetre-
ten aber nur in Form einer unwesentlichen Erhöhung der
Durchschnittszahl für den Vollentscheid, die 38 Prozent der
Stimmberechtigten knapp erreicht. Verhältnismäßig viel
ungünstige und Nein-Stimmen sind in östlichen Stimmkreisen
zu verzeichnen, so in Ostpreußen mit rund 57 000 etwa 8
Prozent, in Pommern mit rund 51 000 etwa 7 Prozent.

Mussolini kommt nach Berlin.

Auf Einladung des Reichskanzlers. — Ansprache des ita-
lienischen Ministerpräsidenten an Deutschland.

— Rom, 10. August.

Im Verlaufe seines Besuchs in Rom hat Reichskanz-
ler Dr. Brüning den italienischen Ministerpräsidenten Mus-
solini zu einem Gegenbesuch in Berlin eingeladen. Der
italienische Ministerpräsident hat diese Einladung mit
Worten des Dankes angenommen. Der Zeitpunkt des Be-
suchs wird noch vereinbart werden.

Die deutsch-italienischen Besprechungen fanden ihre
Fortsetzung mit einem Gegenbesuch Mussolinis und Gran-
dis beim Reichskanzler und beim Reichsaußenminister.
Nach dieser Ansprache, die wiederum anderthalb Stunden
dauerte, und an der auch die Völkerverständigung Dr. von Schu-
bert und Orsini Baroni teilnahmen, wurde folgendes, ge-
meinsam vereinbartes Communiqué herausgegeben:

„Während des Aufenthaltes des Reichskanzlers
Brüning und des Reichsaußenministers Curtius in Rom
hat ein mehrfacher Gedankenaustausch zwischen den deut-
schen Staatsmännern und dem italienischen Regierungschef
und dem italienischen Außenminister stattgefunden.
Dieser Gedankenaustausch stand im Zeichen gegenseitigen
freundschaftlichen Verständnisses und warmer Herzlichkeit.
Im Laufe der Besprechung ist die allgemeine europäische
Lage eingehend geprüft worden und übereinstimmend die
Notwendigkeit einer vertrauensvollen und aufrichtigen
Zusammenarbeit aller Regierungen zur Überwindung
der gegenwärtigen Schwierigkeiten erkannt worden. Es
hat gleichfalls Übereinstimmung darüber bestanden, daß
es notwendig ist, alles zu tun, damit die kommende Ab-
rüstungskonferenz günstige und greifbare Erfolge im In-
teresse des Friedens und des wirtschaftlichen und moral-
ischen Wiederaufbaues der Welt zeitigt.“

Nach dem Gegenbesuch in der deutschen Botschaft hat
Mussolini die Vertreter der deutschen Presse zu sich und
übergab ihnen in deutscher Sprache folgende Erklärung:

„Es hat mir zur größten Freude gereicht, daß ich die
persönliche Bekanntschaft des Herrn Reichskanzlers Dr.
Brüning und des Ministers Dr. Curtius machen konnte,
und es hat mich noch mehr gefreut, daß in den langen und
herzlichen Besprechungen, die wir dieser Tage gehabt ha-
ben, feststellen konnten, daß die zwei deutschen Staats-
männer vom festen Willen beseelt sind, mit entschiedener
Erfahrung die Uebel, an denen ihr Land leidet, zu heilen und
ihrem Volke das zuversichtliche Vertrauen in eine bessere
Zukunft wieder einzufloßen.“

Ich wünsche auch, durch Ihre Vermittlung der deut-
schen Nation den Ausdruck meiner Überzeugung zu-
kommen zu lassen, daß ich Deutschland auf sich selbst
und auf die eigenen Kräfte verlassen kann und ver-
lassen muß.“

Alle Völker haben im Laufe der Geschichte schwere Zei-
ten durchgemacht, welche ebenfalls ebenso hart gewesen sind,
wie diese. Es darf aber hierbei bemerkt werden, daß der

Wenn die Physik selbst „biologisiert“ wurde, so ist der
Kampf um und gegen eine Mechanisierung der Biologie,
wie es scheint, überflüssig. Und wenn das Wissen selbst,
wie es heute scheint, an seinem Ende das Tor zum
Glauben aufstößt (ich sage nicht, daß es den Glauben
zwangsläufig herbeiführt, aber es gibt den Zugang zu
ihm sichtbar für alle frei), so gehört fortan das Problem
„Glauben und Wissen“ nur noch der Geschichte an.

in Breslau mit 43 000 etwa 9 Prozent, in Liegnitz mit
32 500 über 9 Prozent, in Oppeln mit über 29 000 hinaus
10 Prozent der abgegebenen Ja-Stimmen, während sich im
Westen die ungünstigen und Nein-Stimmen in der Regel um
5 Prozent herum bewegen oder darunter bleiben. Die
Großstädte haben fast im ganzen Reich einen noch unter
dem Durchschnitt des Gesamtergebnisses bezw. ihrer Stimm-
kreise liegenden Ertrag an Ja-Stimmen geliefert, so die
Stadt Berlin mit wenig über 1 Million Ja-Stimmen von
3 345 Millionen Wahlberechtigten (Die Stadt Berlin um-
faßt große Teile der Stimmkreise Potsdam 1 und 2 außer
dem eigentlichen Stimmkreis Berlin), so Hannover mit rd.
80 000 Ja-Stimmen von 323 579 Stimmberechtigten, so
auch Königsberg mit 79 365 von 22 183 Stimmberechtigten
und 124 775 Stimmen für die Vollentscheidsparteien bei
der Reichstagswahl. Besonders stark bleibt Frankfurt am
Main mit 94 472 von 431 647 Stimmberechtigten hinter
dem Septemberergebnis zurück, das fast die doppelte Zahl
183 679 Stimmen für die Vollentscheidsparteien ergeben
hatte.

Wahlkreis-Ergebnisse

(Ziffern vom 14. September in Klammern)

Wahlkreis:	Ja-Stimmen:	Stimmber.:
Ostpreußen	658 053 (714 083)	1 893 329
Berlin	461 129 (787 614)	1 530 360
Potsdam 2	452 133 (698 429)	1 389 233
Potsdam 1	556 065 (748 481)	1 394 875
Frankfurt-Oder	519 140 (578 392)	1 071 890
Pommern	659 351 (699 338)	1 232 093
Breslau	495 556 (559 622)	1 268 902
Oppeln	290 782 (327 799)	881 423
Magdeburg	383 000 (434 000)	883 000
Mecklenburg	528 369 (624 119)	973 994
Erfurt	179 644 (208 909)	433 032
Schleswig-Holstein	494 433 (558 145)	1 040 080
Weier-Ems	164 621 (179 391)	464 967
Ostthannover	358 951 (384 507)	806 721
Südhannover	356 200 (445 300)	1 091 000
Westfalen-Nord	400 773 (606 626)	1 476 255
Westfalen-Süd	551 217 (749 032)	1 683 313
Hessen-Nassau	554 557 (764 376)	1 720 210
Köln-Nachen	245 442 (54 233)	1 519 883
Koblenz-Trier	212 324 (257 885)	823 923
Düsseldorf-Ost	581 055 (803 771)	1 481 873
Düsseldorf-West	402 000 (557 000)	1 215 000

gegenwärtige Zeitpunkt zwar nicht an sich selbst so traurig
ist, sondern deswegen so erscheint, weil derselbe manche
Ereignisse finanzieller Natur hervorruft, die haupt-
sächlich durch moralische Faktoren und durch die immer
stärker hervortretende Abhängigkeit von finanziellen Welt-
strömungen bestimmt ist.

Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands sind jedoch
unerschrocken und es ist bekannt, wie groß und real diese
sind.

Diesen Kräften müssen noch die hohen moralischen
Eigenschaften hinzugefügt werden, welche das deutsche Volk
in noch schwierigeren Verhältnissen bezeugt hat, und das
genügt, um mich für die nächste Zukunft optimistisch zu
veranlassen.

Ich hoffe, daß diese meine Ausdrücke herzlichster Sym-
pathie für Deutschland in Ihrem Lande nicht nur als ein
Beweis meines persönlichen Gefühls anerkannt werden,
sondern auch als eine freundschaftliche Versicherung des ita-
lienischen Volkes, welches sich dem deutschen Volk durch
jahrhundertelange Bande der Zivilisation und der Kultur
verbunden fühlt, und selbst den großen Beitrag Deutsch-
lands für den Fortschritt der Menschheit auf allen Gebieten
des Geistes, der Wissenschaft und der Kunst richtig einge-
schätzt hat.

Ich habe mich lange auch mit dem Reichskanzler und
mit dem Minister des Auswärtigen über die Notwendigkeit
einer bereitwilligen und aufrichtigen Zusammenarbeit aller
Regierungen, sowohl in den politischen, als auch in den
wirtschaftlichen Fragen unterhalten, damit in der Welt
der wahre Friede des Geistes wiederhergestellt wird, und
ich habe Sie versichert, daß Italien mit allen seinen Kräften
zu diesem friedlichen Werk sein Bestes weiter beitragen
werde.

Der Faschismus will den Frieden und die politische
und wirtschaftliche Ordnung, damit alle Völker mit gemein-
schaftlichem Streben ihre Kräfte dem erspriesslichen Wert
der Zivilisation und des Fortschritts widmen können.

Die deutschen Staatsmänner und ich sind in der An-
erkennung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zur
Erreichung dieser Ziele vollkommen einig gewesen, sowie
darin, daß unser Möglichstes geschehen muß, damit der
Erfolg der nächsten Abrüstungskonferenz, welche eine
grundständige Auswirkung zur Wiederherstellung des wach-
sen Friedens auf der Welt ist, gesichert ist.“

Empfang im Vatikan.

Kurz vor ihrer Abreise statteten Reichskanzler und
Reichsaußenminister auch dem Papst einen Besuch ab. Der
Empfang im Vatikan erfolgte mit den ausländischen
Staatsmännern gebührenden Ehren. Der Reichskanzler
und der Reichsaußenminister wurden von dem Sekretär
der Kongregation der Zeremonien und anderen Mitglie-
dern des päpstlichen Hofes am Eingang erwartet, und im
feierlichen Aufzug zum Papst Pius XI. geleitet, der sie
in zitternder Aulenz empfing.

Im Schatten von Versailles

— Berlin, 10. August.

Die Erfüllung der deutschen Staatsaufgabe — daran
erinnert uns der 11. August, der Jahrestag der Inkraft-
setzung der Verfassung von Weimar — ist nicht nur ab-
hängig von dem Kräfteverhältnis der großen politischen
Gruppen, die in jedem Lande den Gang der Ereignisse
mitbestimmen, sondern darüber hinaus steht die deutsche
Politik immer wieder auf einer Abhängigkeit, die aus
einem zweiten „Vertrags“ werk herrührt und alles über-
schattet. Das ist der Vertrag von Versailles, von
dessen 440 Artikeln auch nicht einer auch nur das ge-
ringste mit den auch in der Verfassungs-Präambel er-
wähnten Grundätzen der Freiheit und Gerechtigkeit etwas
zu tun hat.

Sollen staatsrechtliche Konstruktionen, gleichgültig ob sie
von nationaler oder internationaler Geltung sind, Sicher-
heit und Ordnung verbürgen, dann müssen sie die Rechte
und Pflichten so ausbalancieren, daß die produktive Zu-
sammenarbeit aller Kräfte gewährleistet ist. Wenn wir nun
statt dessen in Deutschland immer aufs neue eine Verschärfung
der inneren Gegensätze und der Form ihrer Aus-
tragung feststellen müssen, dann liegt das daran, daß wir
in einer Atmosphäre leben, die wegen des überwältigenden
Drucks von Versailles nicht normal werden kann.

Die häufige Verletzung oder geringfügige Behand-
lung der deutschen Lebensrechte bei internationalen Ver-
handlungen zerrt ebenso an unseren Nerven, wie die wirt-
schaftliche Verelendung, unter der viele Millionen unserer
Volksgenossen unverschuldet zu leiden haben. Es ist unser
Unglück, daß man sich in dieser Situation im Auslande
mehr für die Form interessiert, in der Deutschland auf den
Druck von außen reagiert, als für die Möglichkeit der Be-
seitigung dieses Drucks. Damit wird jedoch nur Zeit ver-
loren, und wenn dazu von ausländischer Seite uns noch
Ratschläge erteilt werden, die von dem Verlust einer Ein-
mischung in innerdeutsche Verhältnisse nicht
mehr zu unterscheiden sind, dann wird dabei sogar noch
Schaden angerichtet.

Der Neubau des deutschen Staatswesens erfolgte im
Schatten von Versailles. Wie sehr, das zeigte sich, als im
November 1918 die österreichische Volksvertretung einstim-
mig im zweiten Artikel des Verfassungsgesetzes bestimmte:
„Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Re-
publik“, und als später in Weimar Deutsch-Österreich für
die Übergangszeit bis zur Durchführung des Anschlusses
das Recht der Teilnahme an den Reichsratsverhandlungen
gewährt wurde. In beiden Fällen erhoben die Nutznießer
des Versailler Systems Einspruch, erzwangen sie die Aus-
setzung dieser Bestimmungen.

Das geschah in einer Zeit, die das Selbstbestimmungs-
recht der Völker auf die Fahnen geschrieben hatte. Wie hier
dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthalten
wurde, so wird sie uns heute in der Frage der österrei-
chisch-deutschen Zollunion, in der Abrüstungs-
frage und in der Frage der Reparationen bestritten.
Diese Grundlinie der europäischen Politik ist es, die
die Weltwirtschaft in Unordnung bringt und Europa im
Unfrieden erhält. Allerdings hat die Krise jetzt die ge-
samte Welt ergriffen, so daß nun zu hoffen ist, daß, wo alle
leiden, der Entschluß zustande kommt, zu dem man sich
nicht aufrufen konnte, als Deutschland allein der Leid-
tragende war.

Freilich spricht alles dafür, daß die Umkehr nur lang-
sam, Schritt um Schritt und wahrscheinlich mit Rückschlägen
in die Politik der Verblendung erfolgen wird. Noch ist der
Weg des deutschen Volkes überschattet von dem Vertrag
von Versailles, hängt uns die ungelöste Tributfrage wie
eine Bleifugel am Bein, ist das Blut das unserer Wirt-
schaft bei den Kreditwürdigungen des Auslandes im Mai
und Juni entzogen worden ist, nicht wieder erneuert.

Aber wir haben in den letzten Wochen doch auch fest-
stellen können, daß die Erkenntnis von der Abhängigkeit
der Befriedung der Welt von der Beseitigung der un-
gerechten Vertragsbestimmungen bedeu-
tame Fortschritte gemacht hat. Das und die Leistungen,
die das aus tausend Wunden blutende deutsche Volk bis-
her vollbracht hat, geben uns die Zuversicht, daß in nicht
allzuferner Zeit jede Politik des zweierlei Rechts in
Europa unmöglich wird. In diesem Ziel darf es in
Deutschland, mögen uns sonst Grundzüge der Weltanschau-
ung und Ueberlegung der Taktik trennen, keine Differenzen
geben. Denn nur bei einer geschlossenen und entschlossenen
Haltung des deutschen Volkes wird sich das Ausland mit
den Konzessionen befreunden, ohne die eine friedliche Fort-
entwicklung nicht zu denken ist. Das deutsche Volk
will aus dem Schatten heraus, es ist des War-
tens müde und verlangt Entscheidungen, durch die es alle
Kräfte der friedlichen Entwicklung widmen kann.

Zusammenstöße in Berlin.

Ein Demonstrant seinen Verletzungen er-
legen.

Am Vorabend des Vollentscheids kam es in Berlin
vor dem Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz zu schweren
Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten.
Als zwei Polizeibeamte zu Boden geschlagen wurden, mach-
ten die übrigen Beamten von ihrer Schusswaffe Gebrauch.
Auf die scharfen Schüsse hin floh die Menge auseinander;
zwei Demonstranten blieben verletzt auf dem Platz zurück.
Einer der Verletzten ist kurz nach der Einlieferung in das
Krankenhaus gestorben.

Der Wahlsonntag

Blutiger Zwischenfall in Berlin

Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus Königs-
berg, Breslau, Hannover und Frankfurt a. M. ist der Ab-
stimmungstag ruhig verlaufen. Nirgendes haben sich schwere
Zwischenfälle ereignet. Wo sich größere Menschenmengen
vor den Abstimmungsorten sammelten, gelang es der
Polizei, dieselben mühelos zu zerstreuen. Dagegen ist es
am Vorabend der Abstimmung verschiedentlich zu ernstlichen
Zwischenfällen gekommen. So wurde in Köln der Gau-
geschäftsführer des Stahlhelms, Heister, von einem Kom-
munisten erschossen. Der Täter wurde festgenommen.

In Berlin war es in der vorangehenden Nacht
ziemlich lebhaft zugegangen. So wurden nicht weniger als
sieben Stahlfahnen in Brand gesteckt und damit zum Teil

die in den Säulen untergebrachten elektrischen Umformer in Gefahr gebracht. Im Norden und Osten wurden zahlreiche Transparente und Plakate, die von der Polizei nicht genehmigt waren und die zum Eintritt in den verbotenen Rotfrontkämpferbund aufforderten, zum Teil von der Feuerwehr mit mechanischen Leitern entfernt. Bis um 2 Uhr mittags wurden in Groß-Berlin 43 Personen festgenommen, die wegen Verteilens polizeilich nicht genehmigter Flugblätter, Zettelanklebens, Bemalens der Gefache, Häuser sowie wegen verbotenen Sammelns für die Rote Hilfe abgeurteilt werden sollen. Vor den 2498 Abstimmungsorten, in denen rund 20 000 Wahlhelfer und -helferinnen tätig waren, haben sich nennenswerte Zwischenfälle nicht ereignet.

Zwei Polizeioffiziere erschossen

Blutige Ausschreitungen am Bülowplatz.

Während es in Berlin den ganzen Tag über ruhig herging, kam es am Abend am Bülowplatz zu schweren Zusammenstößen. Vor dem Verlagsgebäude der kommunistischen „Roten Fahne“ hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, um Wahlergebnisse zu erfahren. Die Polizei hatte mehrere starke Patrouillen ausgesandt.

Plötzlich fielen vor dem Kinotheater „Babylon“ mehrere Schüsse, durch die der Polizeihauptmann Anlauf und der Polizeihauptmann Lent getötet wurden. Sofort eingeleitete Schupomannschaften säuberten mit blanker Waffe und gezogener Pistole den Bülowplatz.

Ein Zivilist wurde verletzt.

Alles flüchtete in die anliegenden, fast dunklen Nebenstraßen. Alle vorüberkommenden Passanten, Automobilisten und Motorradfahrer wurden auf Waffen durchsucht. Die Polizei richtete ihr Hauptaugenmerk auf Fenster und Dächer.

Wie verlautet, sind bei den Zusammenstößen am Bülowplatz auch einige Zivilpersonen getötet worden. Die genaue Anzahl steht noch nicht fest, da nähere Einzelheiten noch nicht bekannt sind.

Die Erntefinanzierung.

Das Programm der Reichsregierung.

— Berlin, 10. August.

Die vom Reichskabinett gebilligten Maßnahmen zur Bewegung und Finanzierung der Ernte beziehen sich bei Roggen auf die staatliche Magazinierung und den Austausch, bei Weizen auf den Austausch und die Vermahlungsquote, bei Getreide allgemein auf die beschleunigte Inangabe der Lagerung und die zinsmäßige Sonderbehandlung der Erntebewegungsmittel.

Angeht die Roggenverförmungslage, die im Gegensatz zum Vorjahr keinen Ueberfluß der heimischen Produktion gegenüber dem Normalbedarf aufweist, sind die Maßnahmen auf dem Roggengebiet in erster Linie auf die Ueberwindung des Saisondrucks abgestellt, zumal infolge der Geld- und Kreditknappheit und Unsicherheit mit verstärkter Rückforderung von Krediten von Seiten der Gläubiger und mit weitgehender Zurückhaltung der aufnehmenden Hand gerechnet werden muß.

In Aussicht genommen ist die Magazinierung von einigen hunderttausend Tonnen Roggen, die bis zum Frühjahr gelagert werden sollen, um alsdann wieder dem Konsum zugeführt zu werden.

Es handelt sich nicht um eine Preisstützungsaktion im Sinne der vorjährigen Maßnahmen, die darauf abzielten, in Verbindung mit der Eofinierung überschüssiger Marktmengen ständig anderen Verwendungszwecken zuzuleiten; es handelt sich vielmehr um eine Magazinierung saisonmäßig überschüssiger Roggenmengen. Ferner ist die Förderung des Exports mit dem Ziele des späteren Reimports und des qualitätsmäßigen Austauschs gegen höherwertigen für Spezialzwecke bevorzugten ausländischen Roggen beabsichtigt.

Auch beim Weizen sind die beabsichtigten Maßnahmen in erster Linie auf die Ueberwindung des Saisondrucks abgestellt, da auch hier die Versorgungslage, für das gesamte Jahr gesehen, sogar noch einen Zuschußbedarf von verhältnismäßig geringem Umfang erforderlich machen wird.

Beim Weizen sind die Austauschmöglichkeiten von deutschem Weizen gegen ausländischen Hartweizen in hinreichendem Umfang gegeben. Die Vermahlungsquote ist für das ganze Wirtschaftsjahr auf 97 Prozent bemessen. Mit dem Erlaß der entsprechenden Verordnungen für die Zollregelung und für die Festlegung des Vermahlungszwanges ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Um das Lager in weitem Maße beschleunigt in Gang zu setzen, ist zunächst die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft im Notverordnungswege ermächtigt worden, indofable Lagerseine auszugeben und das angelieferte Getreide auf Sammelager zu nehmen. Nach Auffassung maßgeblicher Bankkreise ist für derartige gegen die Gefahr des Einfrierens gesicherte und durch Waren gedeckte Anlage-mittel mit besonderem Interesse am Geldmarkt zu rechnen. Die Entwürfe für ein allgemeines Lagerseinegesetz und für die Standardisierungsvorschriften für Getreide liegen zur beschleunigten Verabreichung im Reichswirtschaftsrat.

Endlich ist eine sehr fähbare zinsliche Erleichterung für die der Erntefinanzierung dienenden Mittel von Reich und Reichsbank in ausreichendem Umfang sichergestellt.

Die hierfür notwendigen Reichsmittel sind etatmäßig vorhanden. Diese Maßnahme in Verbindung mit der beschleunigten Inangabe der Lagerseine wird die Landwirtschaft in die Lage versetzen, sich auch ohne über-eilte Mobilisierung der Ernte flüssige Mittel zu beschaffen.

Senkung des Diskontsatzes?

Ruhiger Verlauf der Kollauszahlungen auch bei den Sparkassen.

— Berlin, 10. August.

Wie bei den Banken, so ging es auch bei den Sparkassen die Wiederaufnahme der Kollauszahlungen glatt vonstatten. Wenn auch die Entwicklung im Reich nicht ganz einheitlich ist, so zeigt sich jedoch in den meisten Städten kaum eine über den normalen Verkehr hinausgehende Beanspruchung der Kassen. Die von den Sparkassenzentralen bereitgestellten Mittel sind, nur in ganz kleinem Umfang in Anspruch genommen worden, teilweise ergibt sich sogar ein nicht unbeträchtlicher Ueberfluß des Einlageverkehrs gegenüber den angeforderten Auszahlungen. Ein stärkerer Andrang machte sich lediglich in Berlin an den Sparkassen bemerkbar, und vor dem Hauptgebäude der Berliner Sparkasse hatte sich sogar erneut eine Schlange von Wartenden gebildet.

Am Geldmarkt machte die Entwicklung, die eine baldige Diskontermäßigung erhoffen läßt, weitere Fortschritte. Die Zinssätze bilden sich weiter langsam zurück. Auch die Rückflüsse bei der Reichsbank setzen sich fort. Als Folge des freien Zahlungsverkehrs war auch in den Steuereingängen eine Besserung festzustellen.

Bei der Erörterung wird die Möglichkeit einer baldigen Wiedereröffnung der Effektenbörse. Während die Großbanken für eine sofort nach Einspielung des Zahlungsverkehrs zu verlaufende Wiederaufnahme des Börsengeschäfts sind, wird seitens der Privatbankiers die Situation etwas skeptischer beurteilt. Die für die Inangabe des Rentenmarktes gemachten Vorläufe — bekanntlich ist der Rentenmarkt bei den Ueberlegungen der zuständigen Stellen das Schmerzenskind — werden von Privatbankseite als unmöglich angesehen.

Besprechungen mit der Presse.

Anregungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für die grundlegende Umgestaltung der Verordnung.

— Berlin, 10. August.

Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung des Reichsinnenministers Dr. Wirth mit dem Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse über die Abänderung der Pressenotverordnung statt. Die Vertreter der Presse brachten zum Ausdruck, die Anwendung der Pressenotverordnung habe den Beweis erbracht, daß diese Verordnung kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sei und forderten daher die sofortige Aufhebung der Notverordnung.

Da die Reichsregierung die sofortige Aufhebung nicht in Aussicht stellen konnte, hat das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse auf Wunsch des

Reichsinnenministers Anregungen für eine grundlegende Umgestaltung der Notverordnung gegeben unter ausdrücklicher Wahrung des Standpunktes, daß die Notverordnung aufzuheben ist.

Der Reichsinnenminister hat zugesagt, bei der Kabinetsberatung über die Abänderung der Notverordnung die Anregungen der Reichsarbeitsgemeinschaft zu verwerfen. Die Entscheidung über das Ausmaß der Änderungen soll noch am heutigen Montag getroffen werden.

Wie verlautet, ist Reichskanzler Brüning von der vom Reichspräsidenten von Hindenburg angeregten Abänderung der Pressenotverordnung vor der Veröffentlichung der Mitteilung des Reichspräsidenten telephonisch unterrichtet worden.

Reine Provinzialsynoden in diesem Jahre.

Auf Anordnung des Kirchenrats.

Der Kirchenrat der altpreussischen evangelischen Kirche hat heute durch Notverordnung beschlossen, daß in den östlichen Kirchenprovinzen die in diesem Jahre fälligen Tagungen der Provinzialsynode mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage nicht stattfinden. Die kirchlichen Instanzen der beiden Westprovinzen (Rheinland und Westfalen) werden zu gleichem Vorgehen ermächtigt. Unauflösbare Angelegenheiten, die an sich eine Beschlußfassung der Provinzialsynode erfordern, dürfen durch die Provinzialkirchenräte erledigt werden.

Attentat bei Jüterbog.

Sprengstoffanschlag auf den Schnellzug Basel—Frankfurt—Berlin. — Neun Wagen entgleist. — 19 Personen verletzt, davon 3 schwer.

— Berlin, 9. August.

Ein furchtbares Verbrechen brachte in der Nacht zum Sonntag zahlreiche Menschenleben in Gefahr. Auf dem Schnellzug Basel—Frankfurt am Main—Berlin, der um 22.22 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof eintreffen sollte, wurde um 21.45 Uhr bei Jüterbog ein Sprengstoffanschlag verübt.

Kurz nach der Station Jüterbog hörte der Lokomotivführer einen scharfen Knall, worauf er sofort die Bremsen und verfuhr, den Zug zum Stehen zu bringen. Ehe dies gelang, entgleisten sieben Personenwagen, der Packwagen und der Speisewagen, stürzten um und fielen die Böschung hinunter. Trotz der schweren des Unfalls, wurden nur drei Personen schwer und 16 leichter verletzt. Tote sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Auf die ersten Meldungen hin eilte von Wittenberg ein Hilfszug herbei. Die Untersuchungskommission der Reichsbahn fand an der Unfallstelle einen 200 Meter langen Draht mit Zündschnur und stellte fest, daß aus einer Schiene ein Stück herausgesprengt worden war.

Die Oberstaatsanwalt in Potsdam wurde sofort benachrichtigt und entsandte noch in der Nacht eine Untersuchungskommission.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Montag abend: Turnen.

Dienstag: Bethelgruppenabend, ältere Abteilung, im Gruppenaal.

— Christlicher Verein junger Männer.

Jeden Montag 8¼ Uhr Männerchor in „Ephrata“.

— Geldschein gefunden. Abzuholen an der Anstalts-sparkasse.

— Bethelgeld: Es wird daran erinnert, daß Bethelgeld nur für Anstaltsangehörige in Anstaltsgeschäften Gültigkeit besitzt. Für fremde Personen ist Bethelgeld wertlos. Umtausch in Reichsgeld oder in Waren an Anstaltsfremde ist ausgeschlossen.

Der Anstaltsvorstand.

Schriftleitung: W. Kros, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Ich habe einen guten Kampf gekämpft, ich habe den Lauf vollendet, ich habe Glauben gehalten. 2. Tim. 4 Vers 7.

Am Sonntag nachmittag 3¼ Uhr durfte unsere liebe, gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Diatonische

Frieda Unterbrink

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 86 Jahren heimgehen zur ewigen Herrlichkeit.

In tiefer Trauer:

Seiner Unterbrink u. Frau geb. Sundermann

Wilhelm Unterbrink u. Frau geb. Müller

Ernst Kaug u. Frau geb. Unterbrink

Erna Unterbrink

Otto Unterbrink

Lina Unterbrink geb. Hugo

Museum (Post Bieren, Kr. Herford), Habighorst, Bethel, Theesen, Hagenburg, den 10. August 1981.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, 18. August, nachm. 3 Uhr in der Zionstirche in Bethel statt.

Jung. Mädchen

(18 J.), das bereits mehrere Jahre in gutbürgerl. Haushalt tätig war (auch im Ausland), christl. gelehrt, fleißig und ehrlich, sucht Stellung in gutbürgerl. evgl. Haushalt, zwecks weit. Erlernung des Haushalts. Gute Zeugnisse vorhanden. Zuschriften mit Gehaltsangaben unter A 1789 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Suche zum 1. September

jung. Mädchen

aus gläubig. Familien als Haus-töchter, die alle vorkommenden Arbeiten mitmachen. Angeb. erb. Frau G. Kreibitz, Kittergut, Nage-vitz b. Samtens auf Rügen.

Zweite Haustochter

wenn möglich gläubig und nicht unter 20 Jahren, kräftig, gesund und kinderlieb zur Erlernung des Haushaltes für sofort gesucht. Etwas Nähtenntnisse erwünscht.

Angebote mit Lebenslauf und Lichtbild an Fabrikant Eugen Pieper, Wiedenest, Bez. Köln.

Knoblauchzwiebelkraft

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Juck, Nichte, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 8000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend M. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Radak, Bad Deynhausen 4.

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Einrichtung der West. Diatonischenanstalt Carepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Einfache

Stütze

ob. Haustochter, gesund, arbeits-freudig und kinderlieb bei Familienanschluss gesucht. Angebote unt. A 1787 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Braubach Rhein

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau. Telefon 34. — Prospekte frei.

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau. Telefon 34. — Prospekte frei.

Moderne

Augenoptik

H. Breder BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Sunges, gebildetes, kinderliebes Mädchen sucht

Stellung

als Haustochter. Schon in mehreren Pfarrhäusern tätig gewesen. Maria Martin, Pfarrhaus Flegeßen (Hameln Land).

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage Pastor Felkekur. Prosp. freil

Pension Schopketal

bei Gerlinghausen

Bes. M. Stratemeyer. Direkt am Walde, 1 Min. vom Freibad, schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht, sehr gute Küche, Garten, Liegewiese, Pensionspr. 4.50 Mk.

Größe 0.88 Meter
Muskel
Einige

Nr. 186

Zimmer streit
Ganges
Als dienende

Wieder
Was erwa

Schon hat
den Brem
den Kreise
fen. Seit
bewegun
liche in ver
Gruppen von
den der Zug
auch junge
stirte Arbeit
im Osten un
die poln. Wa
Freiwilligen
Spannungen
großen ganz
Artemanen
zur Umsiedl
worden ist.
tig darauf ab
auch der Zug
wegung“ ver
nung über d
sties auf die
nimmt, inden
beitslohn
Seimstätte d

Eine zwe
Form des f
teilweise in
Arbeitslager
sammenfüh
Bundes zu g
mehrwöchige
Menschen“
den Tag gen
auf. Die hie
daß man ba
ein Mittel de
schichten anzu
schaft das W
und die geist
anderweitige
dener Berufs
pen kaum no
an denen ge
gleichmäßig t
licher Begeg
Mit dem
die Frage de
nen. Der ju
weise — fern
betrachten, es
eindeutige F
keinen Fall
sondern nur d
nis der Volk
aber wird d
sichtlich unter
geht ihr daru
Gefühl der U
an der Arbe
zweifelloso ei
wirtschaftliche
Freiwilligkeit
Voraussetzung
an der Arbe
gruppe sich u
Als ebenf
Regierung in
gung eingega
gruppen, die
beziehungen
das u. a. d
Staatsminis
läßt sich nicht